

Antrag
für den
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität
am 28. Februar 2023

Ina Jacobi

Geschäftsführerin
Organisation & Verwaltung

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.: +49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de /
i.jacobi@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 2. Februar 2023

Beitritt zur Initiative für einen Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

Die Stadt Göttingen tritt der Initiative für einen Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien (Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty) bei, kommuniziert diesen Beitritt gegenüber der Öffentlichkeit, der Landes- und der Bundesregierung und setzt sich in Gremien und Unternehmen, in denen Göttingen vertreten ist, für eine Unterstützung der Initiative und ihrer Ziele ein.

Begründung:

Die Initiative "Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty" (www.fossilfuel treaty.org) setzt sich, anknüpfend an den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, für drei zusammenhängende Ziele ein, um den Ausstieg aus den fossilen Energien und einen gerechten Übergang zu beschleunigen:

NICHTVERBREITUNG: Verhinderung der Verbreitung von Kohle, Öl und Gas durch Beendigung aller neuen Exploration und Produktion

GLOBALE ABRÜSTUNG: Abbau bestehender Lagerbestände und Produktion fossiler Brennstoffe im Einklang mit der globalen Klimagrenze von 1,5°C

GERECHTER ÜBERGANG: Schnelle Umsetzung echter Lösungen und ein gerechter Übergang für jede*n Arbeitnehmer*in, jede Gemeinde und jedes Land.

Die Notwendigkeit für ein globales Umdenken und effektives Angehen der fossilen Brennstoffe, als Hauptursache für den Klimawandel, wurde zuletzt auf der COP27 ersichtlich. Auch im Pariser Klimaschutzabkommen gibt es keine verbindlichen Vereinbarungen zu fossilen Brennstoffen, die auch nur annähernd eine Begrenzung auf 1,5 oder 2 Grad Erwärmung ermöglichen.

Die Stadt Göttingen hat zum Ziel bis 2030 klimaneutral zu werden. Der Beitritt der Initiative für einen Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien unterstützt die lokalen Bemühungen der Stadt auf internationaler und nationaler Ebene. Als internationale Stadt, die Göttingen ist, und als Teil eines privilegierten Landes ist es unsere Verantwortung auch global tätig zu werden und alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.

Gleichzeitig ist es ein frühes und wichtiges Signal an die Bundesregierung, die Landesregierung und andere deutsche Städte, wodurch ein Umdenken angeregt wird und auch ein besseres Erreichen der eigenen Klimaziele ermöglicht wird.

Die Städte Bonn und Marburg haben bereits ihre Unterstützung für die Initiative bekundet. Göttingen sollte mit ihnen gemeinsam als Vorbild für weitere Kommunen dienen. Der eingeschränkte Handlungsspielraum von Kommunen im Bereich Klimaschutz kann durch Unterstützung der Initiative sinnvoll ausgeweitet werden. Auch zahlreiche Zivilgesellschaftliche Gruppen und Wissenschaftler*innen fordern gegenüber allen politischen Ebenen den Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien.